



**Projektland: Mongolei**

**Quartal/Jahr: Januar bis März 2010**

## **I. POLITIK**

### **1.1. Die Tätigkeit des Parlaments und der Regierung**

- **Maßnahmen zur Überwindung der Schäden, verursacht durch den extrem harten Winter;**
- **Maßnahmen zur Einlösung von Wahlversprechen der Parteien;**
- **Ablehnung des Vetos der Staatspräsidenten;**
- **Offizielle Besuche des Regierungschefs**

## **II. WIRTSCHAFT**

### **2.1. Schwere Lage der Viehzüchter**

### **2.2. Korrekturen in dem Oyutolgoi- Vertrag**

### **2.3. Verteilung von Unterstützungsgeldern an die Bevölkerung**

## **III. BUERGERLICHE BEWEGUNGEN**

### **3.1. Bildung von neuen Vereinigungen**

### **3.2. Die Situation bei der Führung der MRVP, die neuen Parteipaläste der MRVP und der DP**

## **I. POLITIK**

### **1.1. Die Arbeit des Parlaments und der Regierung**

Nach den Aussagen der Politiker, beispielsweise des Finanzministers, sei die Wirtschaft der Mongolei schwer von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise angeschlagen. Deshalb waren die Wirtschaftsfragen das Hauptthema in der Tätigkeit des Parlaments und der Regierung.

Die extrem schwierigen Winterbedingungen verschlechtern die Lage noch mehr, besonders in der Viehwirtschaft.

Der Haushaltsplan für 2010 ist Ende Dezember vom Parlament bestätigt worden. Dabei stieß die Entscheidung, für jeden der 76 Wahlkreise, in denen die jetzigen Abgeordneten gewählt wurden, je 1 Milliarde Tugrik (etwa 526.316 Euro) zu verteilen, auf heftige Kritik unter den Wählern, bei den Bürgerbewegungen und in den Massenmedien.

Das Parlament lehnte das Veto des Staatspräsidenten über das Gesetz zum Haushalt für 2010, in dem die 76 Milliarden Tugrik für die Wahlkreise vorgesehen sind, strikt ab. Auch die Entscheidung des Verfassungsgerichts von 2007 über die Verfassungswidrigkeit der Zuweisung des Geldes an die Wahlkreise vom Staatsbudget ignorieren die

Abgeordneten immer noch. Dieses Geld, das laut den Berichten in den Massenmedien, die Abgeordneten als ein Lockmittel für die Stimmengewinnung bei den nächsten Parlamentswahlen benutzen, erhöht sich mit jedem Jahr. Die erste Geldzuweisung vor einigen Jahren betrug 10 Mio. Tugrik für jeden Wahlkreis. Dann erhöhte sich der Betrag auf 100 Mio., 250 Mio., 500 Mio. Tugrik und nun erreichte es in diesem Jahr 1 Milliarde Tugrik.

Wie die Abgeordneten beteuern, liege dieses Geld außer ihrer Verfügungsgewalt, da es fließe in das Budget der zuständigen Aimagbehörden fließe. Vermutlich wird es in Abstimmung mit den Amtsinhabern der kommunalen Organe für die Belange in den Wahlkreisen, darunter auch für die sozialen Zwecke verwendet.

Ein klares Bild, wofür die Abgeordneten dieses Geld verwenden, hat die Öffentlichkeit nicht, denn die Abgeordneten legen keine Rechenschaft darüber ab. Hin und wieder berichten die Massenmedien, dass einige Abgeordnete Jurten an die Obdachlose oder Waren an die Armen verteilen. Es ist nun zu vermuten, dass die Mittel von diesem Geld kommen.

Im März 2010 wandte sich das Verfassungsgericht mit einem schriftlichen Appel an das Parlament, seine Entscheidung über die Geldzuweisung an die Wahlkreise im Rahmen der geltenden Gesetze zu überprüfen (TV-Channel 25 am 16.03.2010).

Laut den Aussagen der offiziellen Vertreter des Parlaments und der Regierung stehe die Korrektur des Haushaltsplans für 2010 auf der Tagesordnung der Frühjahrstagung des Parlaments, die am 05. April 2010 beginnt. Es wird dabei offensichtlich auch die Frage der Geldzuweisungen an die Wahlkreise der Abgeordneten erörtert.

Es ist geplant, dass der Unterausschuss des Parlaments für Menschenrechte am 14.04.2010 eine zweite Anhörung bezüglich der Ereignisse am 01.07.2008 organisieren wird.

Dabei wird es vor allem um die Frage der Verletzung der Menschenrechte, insbesondere um menschliche Opfer gehen, die vermutlich von den Polizeikräften erschossen wurden. Zurzeit hat das Parlament eine Tagungspause, die die Abgeordneten dazu nutzen, um in ihren Wahlkreisen aktiv zu werden.

Der Premierminister der Mongolei, Su. Batbold stattete am 08. und 09. März 2010 der Republik Österreich und vom 10. bis 12. März 2010 der Republik Ungarn einen offiziellen Besuch ab.

Während seines Besuchs in Österreich traf er mit dem österreichischen Kanzler, Werner Faymann, zusammen. Während der Gespräche mit der österreichischen Seite bat Su. Batbold um die Unterstützung bei der Einführung der europäischen Standards in der Mongolei und die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bildungssektor. Die Vorschläge der mongolischen Regierung stießen bei den offiziellen Vertretern Österreichs auf Verständnis, die eine Unterstützung in den von der mongolischen Seite genannten Bereichen zusicherten.

Während seines Aufenthalts in Österreich führte der mongolische Premierminister weiter Gespräche mit den führenden Repräsentanten der UN – Filiale in Wien (United Nations Office in Vienna), der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) und der IAEA (International Atomic Energy Agency).

Mit den Vertretern der UNO sprach Su. Batbold u.a. die Durchführung eines Programms zur Korruptionsbekämpfung, die Gewährung einer Hilfe bei der Arbeit zur Einführung von europäischen Standards in der Mongolei.

Der mongolische Premierminister wurde von dem amtierenden Generaldirektor der IAEA, David Waller, empfangen. Waller berichtete davon, dass seine Organisation die Mongolei als ein Modellland von PACT (Program of Action for Cancer Therapy), eines Programms zur Krebsbekämpfung, ausgewählt habe. Die IAEA würde die Finanzierung des Projekts übernehmen.

Der Präsident des Großen Staatskhural (des Parlaments) der Mongolei stattete Anfang März d. J. der Republik Korea (Südkorea) einen offiziellen Besuch ab. Während seines Besuchs wurde er von dem Premierminister der Republik Korea, Jon Un Tschan

empfangen, der u.a. bekanntgab, dass sein Land eine unentgeltliche Hilfe von 13 Millionen US-Dollar für die mongolischen Viehzüchter, die zur Zeit unter den schwierigsten Bedingungen wegen des harten Winters leiden, zur Verfügung stellen wird. Der koreanische Premierminister bat die mongolische Seite um die Unterstützung und Hilfeleistung für 3500 südkoreanische Staatsbürger, die in der Mongolei leben und arbeiten.

## II. WIRTSCHAFT

Der diesjährige ungewöhnlich harte Winter mit Minustemperaturen von 30 bis 40 Grad Celsius, den Schneestürmen und –Verwehungen bereitet Probleme für die ganze Volkswirtschaft. Die Weiden sind mit einer dicken Schneeschicht von 40 bis 80 cm bedeckt, so dass das Vieh kein Futter hat. Die Heuvorräte sind fast überall verbraucht. Noch Ende März herrscht starker Frost, die Wege und Autostraßen sind wegen Schnee gesperrt, so dass der Zugang zu den Hirtensiedlungen behindert, ja oft auch unmöglich ist.

Per 28.03.2010 sind 5,1 Millionen Tiere wegen des Futtermangels und der Kälte verendet. Es wird damit gerechnet, dass noch bis Ende Mai noch mehr Tiere verloren gehen werden. Es gibt auch Menschenopfer unter den Viehzüchtern, die während des Schneesturms sich bei der Suche nach ihren Tieren oder bei den Versuchen, ihre Herden bei Schneesturm zu retten, erfroren sind. Die Regierung, das Landwirtschaftsministerium und das Hauptamt für den Katastrophenschutz unternehmen Anstrengungen, um den Viehzüchtern zu helfen. Ganze LKW-Kolonnen, beladen mit Heu, warmer Bekleidung und Lebensmitteln fahren in die entlegenen Gebiete, wo die Bedingungen am schwierigsten sind. Das internationale Rote Kreuz leistete eine Hilfe von 550 Mio.Tugrik. Die Schweizerische Agentur für Entwicklung und Kooperation übergab der Regierung der Mongolei einen Grant von 500000 Schweizer Franken als Hilfe für die Viehzüchterfamilien.

Die Russische Föderation liefert 35 Waggons Viehfutterkonzentrat. Die Hilfsmaßnahmen werden fortgesetzt. Jetzt spricht man davon, dass mit dem Viehverlust (viele Viehzüchter haben ihren gesamten Viehbestand, also ihre ganze Lebensgrundlage verloren) auch die Menschen einer dringenden Versorgung mit Lebensmitteln, warmer Bekleidung bedürfen. Besondere Aufmerksamkeit brauchen die Kinder von Viehzüchtern, die getrennt von ihren Eltern in den Schulinternaten in den Somonzentren untergebracht sind. Wegen der dicken Schneedecke und starkem Wind sind viele Wege unpassierbar geworden, so dass sie nicht mehr zu ihren Familien kommen können. Aus demselben Grund können auch ihre Eltern nicht die Somone, wo ihre Kinder zur Schule gehen, erreichen.

Es ist zu erwarten, dass die meisten Familien, die ihr ganzes Hab und Gut (sprich: Vieh) verloren haben, hauptsächlich in die Hauptstadt ziehen werden, um irgendwie eine Existenz zu sichern. Per Stand 28.03.2010 sind es 16.000 Familien, die ohne ein einziges Tier geblieben sind (MNTV, 28.03.2010). Das sind im Durchschnitt 80.000 Menschen.

Im Februar wurde bekannt, dass das Unternehmen Oyutolgoi zur Förderung von Kupfer und Gold in Suedgobi-Aimag, das von den Kanadiern angeleitet wird, den Vertrag, den sie mit der mongolischen Regierung abschloss, nicht voll erfüllen kann. Die technisch-ökonomischen Berechnungen sind korrekturbedürftig, so dass man nicht alle Vorräte an Kupfer, die im Vertrag vorgesehen sind, fördern und nutzen kann, hieß es. Die Vertreter des Unternehmens wurden im Parlament angehört (von einer Arbeitsgruppe, die von den Abgeordneten besteht), dass seine Besorgnis über das Schicksal des Vertrags zum Ausdruck brachte. Die Regierung wurde beauftragt, die entstandene Situation aufzuklären.

Der Minister für Mineralressourcen und Energie, D. Zorigt, kündigte bei einem Fernsehgespräch vor einigen Tagen an, dass der Vertragsentwurf über die Förderung

und Anreicherung der Kokskohle in dem Ort Tavantolgoi im Suedgobi-Aimag noch im April der Regierung und dem Parlament zur Bestätigung vorgelegt sein würde. An dem Unternehmen wollen sich etwa ein Dutzend einheimische und ausländische Unternehmen beteiligen.

Das Parlament und die Koalitionsregierung der MRVP und der Demokratischen Partei bemühen sich, ihre Wahlversprechen vor den Wahlen des Großen Staatskhurals 2008 zu erfüllen. Bekanntlich hat die MRVP eine Geldsumme von 1,5 Millionen Tugrik in bar für jeden Bürger der Mongolei im Fall ihres Wahlsiegs versprochen. Noch davor versprochen die Demokraten 1 Mio. Tugrik, aber in Form von Unterstützung und Hilfeleistung, wie sie jetzt behaupten.

Kurz vor Neujahr nach dem buddhistischen Mondkalender, also dem 08. Februar 2010, beschlossen das Parlament und die Regierung 120.000 Tugrik (etwa 62 Euro) jedem Bürger der Mongolei auszuzahlen. Die erste Rate in Höhe von 70.000 Tugrik wurde an Rentner, Invaliden, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gezahlt. Das sind etwa 1,1 Mio. Menschen. An den Rest der Bevölkerung, also etwa 1,6 Mio. Bürger, wird diese Summe wahrscheinlich im April gezahlt. Die 50.000 Tugrik will die Regierung im Juli, kurz vor dem Nationalfeiertag, dem Naadamfest, auszahlen, teilte die Ministerin für den Sozialen Schutz und Arbeit, Gandhi, mit. Die Mittel kommen aus dem Fonds für die Reproduktion, die von Regierung verwaltet wird, die ihrerseits zu diesem Zweck einen Kredit von 100 Mio. US-Dollar mit dreiprozentigen Zinsen von dem Unternehmen Oyutolgoi aufnahm.

Die 120.000 Tugrik für jeden Bürger der Mongolei, die der Staat zahlt, sollen wahrscheinlich die Wahlversprechen der MRVP und der DP, deren Realisierung von der Bevölkerung, besonders von den armen und ärmeren Schichten verlangt wird, gut oder schlecht, ersetzen und die Gemüter irgendwie beruhigen helfen. Aber wie es aussieht, werden die Parteien und das von ihnen gebildeten Parlament und die Koalitionsregierung von ihren Wahlversprechen abrücken.

Die 120.000 Tugrik, die ausgezahlt werden, bedeuten nicht, dass es ein zusätzliches Einkommen für die Bürger ist. Denn bei der Bestätigung des Haushaltsplans für das Jahr 2010 wurden alle Stützungsgelder für die Kinder und junge Familien gestrichen. Es waren 100.000 Tugrik bei jeder Neugeburt, 3.000 Tugrik monatlich für jedes Kind, 100.000 Tugrik für jedes Kind in einem Jahr, die vierteljährlich in vier Raten zu je 25.000 Tugrik ausgezahlt wurden, und 500.000 Tugrik für ein junges Ehepaar bei der ersten Heirat. Die Streichung dieser Sozialleistungen war ein herber Schlag für die Familien mit wenig oder ohne Einkommen.

Mitte Februar 2010 verkündete die Regierung der Mongolei, dass die Mongolei ein Erdölförderland sei. In der Ortschaft Tamsag im Dornod-Aimag wurde ein Erdölvorrat von 119.020.000 Tonnen Erdöl von der Tochtergesellschaft der Staatskorporation für Erdöl der VR China „Datshin Tamsag Mongol“ entdeckt. Nach vorläufigen Berechnungen gibt es im Erdinneren der Mongolei etwa 1,6 Milliarden Tonnen Erdöl. Zurzeit ist die Mongolei unter 100 Erdölförderländern nach dem bis jetzt entdeckten Erdölvorrat an der 33. Stelle.

### **III. BÜERGERLICHE BEWEGUNGEN**

Am 10.03.2010 wurde eine neue NGO mit dem Namen die „Vereinigung der demokratischen Kräfte“ gegründet. Geleitet wird diese Organisation von dem Abgeordneten des Parlaments Z. Enkhbold. Seine Stellvertreter sind auch Parlamentsabgeordnete, Batkhoo und Odkhoo. Ihre erste Versammlung hatte die neue NGO im Konferenzsaal im Regierungsgebäude organisiert.

Gleich am nächsten Tag, dem 11.03.2010, tagte der sogenannte vereinigte Kongress der demokratischen Kräfte zur Verurteilung der Machthaber. Den Kongress organisierten die

ehemaligen Vorsitzenden der Partei der Bürgerlichen Bewegung, J. Batzandan und O. Magnai, die nach den Ereignissen am 01.07.2008 als vermutliche Anstifter der damaligen Krawalle zeitweilig inhaftiert wurden. Nach ihrer bedingten Freilassung traten sie der Demokratischen Partei bei.

Zurzeit ist eine Aktion unter dem Motto „Die Volksunion für die Erfüllung der Wahlversprechen“ gestartet, deren Ziel ist es, dass die Koalitionsregierung der MRVP und der DP die Wahlversprechen ihrer Parteien an jeden Bürger der Mongolei 1,5 Mio. bzw. 1 Mio. Tugrik zu zahlen, einlöst. Im Falle, dass die Machthaber sich weigern, ihre Wahlversprechen zu erfüllen, fordern die Anführer dieser Bewegung den Rücktritt des gesamten Parlaments. Angeführt wird diese Bewegung von G.Uyanga, die schon seit einigen Jahren als Streiterin für die Grundrechte der Menschen bekannt geworden ist. Zurzeit sind die Anführer dieser Bewegung dabei, Geld für ihren Kampf zu sammeln, und zwar 100 Tugrik von jedem, der diesen Kampf unterstützt. Einige Tage hielten sich G. Uyanga und ihre Anhänger trotz der Kälte und des Schneesturms auf dem Hauptplatz von Ulaanbaatar auf, um Unterschriften und Geld zu sammeln. Sie kündigten an, dass die Bewegung am 05. April dieses Jahres Meetings und Protestdemonstrationen in Ulaanbaatar und allen Aimags organisieren wird. Das wird einer Revolution ähneln, gab G. Uyanga bekannt.

Alle obengenannten Vereinigungen und Bewegungen fordern von den Machtinhabern, (sprich: vom Parlament und der Regierung) eine andere, neue Politik, die aktive Bekämpfung der Korruption bei staatlichen Behörden und Staatsbeamten.

Am 27.03.2010 veranstaltete die Volksunion eine Konferenz, an der die aktiven Mitglieder und Sympathisanten der Volksunion teilnahmen. Alle Redner prangerten die jetzigen Abgeordneten an, die Regierungsmitglieder, die MRVP und die DP des Wahlbetrugs, die ihre Wahl und die offiziellen Ämter bei der Regierung und im Staatsdienst nur für ihre persönliche Bereicherung und private Zwecke nutzen. Besonders hart wurden die Bestechlichkeit der Amtsträger und die Spekulationen mit Lizenzen für Grund und Boden und Verkauf von Lizenzen zur Förderung und Nutzung von Bodenschätzen an Ausländer, in erster Linie an chinesische Unternehmen und Privatpersonen kritisiert.

Die Armut der Mehrheit der Bevölkerung sei besonders krass angesichts des wachsenden Reichtums und des Wohlstands der Abgeordneten und Staatsbeamten, die Milliarden für den Bau oder den Kauf ihrer Villen, Datschen, die teuren amerikanischen und japanischen Jeeps und Limousinen, privaten Grund und Boden oft ganze Bergtäler, ausgeben. Und das trotz des Bankrotts der inländischen Banken und der Unternehmen. Der miserablen Lebensbedingungen werden durch die ständig wachsenden Preise bei stagnierenden Einkommen der Arbeitnehmer noch komplizierter, behaupteten die Teilnehmer der Konferenz.

Es gibt auch Leute, die die Meinung vertreten, dass die beiden Parteien, die MRVP und die DP, dem Volk die Wahrheit sagen sollen, dass das Geldversprechen nur eine Wahlmanipulation war und sich bei den Wählern entschuldigen müssen.

Es ist zu bemerken, dass neben der Aktivierung von Bürgerbewegungen auch der ehemalige Staatspräsident N. Enkhbayar die Führung der MRVP, besonders den jetzigen Vorsitzenden der MRVP, S. Bayar, der Wahlmanipulationen bei den letzten Präsidentschaftswahlen beschuldigt. Die Ursache für seine Wahlniederlage am 24.05.2009 sieht er in einer Verschwörung gegen ihn, die von dem Vorsitzenden der MRVP angezettelt wurde“.

Der Vorsitzende der MRVP S. Bayar, der auf seinen eigenen Wunsch seines Amtes als Ministerpräsident am 28.10.2009 enthoben wurde, wird höchst wahrscheinlich abgelöst.

Das wird vermutlich auf der nächsten Parteikonferenz geschehen, die noch im April d. J. stattfinden wird.

Zurzeit ist die MRVP dabei, einen zehnstöckigen Parteipalast anstelle des alten Parteihauses zu bauen, das am 01.07.2008 von den randalierenden Massen in Brand gesteckt wurde. Die Führung der DP beabsichtigt, noch einen höheren Palast für ihr Parteizentrum errichten zu lassen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: M. Khatanbaatar  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-369 – Fax:+49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Erstellt am: 01.04.2010